

Die OAU vertritt eine Politik des Kampfes gegen Rassismus, —» *Zionismus* und Kolonialismus, gegen imperialistische Aggressionen und die Ausplünderung der afrikanischen Staaten durch die internationalen Monopole. Sie strebt die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Afrika an. In der OAU widerspiegeln sich jedoch gleichzeitig die Differenzierungsprozesse im heutigen Afrika, die zu Meinungsverschiedenheiten führen. Ursachen dafür sind vor allem: die sozialökonomische und politische Differenzierung, die unterschiedlichen Entwicklungswege, die die einzelnen Staaten gehen, die neokolonialistischen Einflüsse, denen viele afrikanische Staaten unterworfen sind, Hegemoniebestrebungen einzelner afrikanischer Staaten sowie das koloniale Erbe in Gestalt ungelöster Grenzfragen und der Gleichartigkeit der von einzelnen Staaten produzierten Waren. Der Imperialismus ist mit Hilfe des Neokolonialismus bestrebt, diese Widersprüche zur Spaltung der OAU auszunutzen. Das gemeinsame Interesse aller afrikanischen Staaten an der OAU hat sich jedoch als stärker erwiesen. Die UdSSR und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft unterstützen die antiimperialistischen Zielstellungen der OAU. Das Generalsekretariat der OAU befindet sich in Addis Abeba (Äthiopien). Als von der UNO anerkannte Regionalorganisation hat die OAU ein Büro in New York. Höchstes Organ der OAU ist die jährliche Versammlung der Staats- und Regierungschefs, die vom Ministerrat der OAU vorbereitet wird. Der Ministerrat besteht aus den Außenministern der Mitgliedstaaten und führt jährlich zwei ordentliche Tagungen durch. Darüber hinaus finden zu besonderen Anlässen auch außerordentliche Tagungen des Ministerrates oder Versammlungen der Staats- und Regie-

rungschefs statt. Eine besonders aktive Rolle in der OAU spielt das »Koordinierungskomitee für die Befreiung Afrikas«, das in Dar es Salaam seinen Sitz hat.

Organisation der Islamischen Konferenz (OIK): Im Ergebnis der vom 22.-25. 9. 1969 in Rabat (Marokko) durchgeführten I. islamischen Konferenz wurde die OIK gegründet. Sitz der OIK wurde Dschidda (er soll aber nach Jerusalem verlegt werden, sobald die Stadt wieder unter islamischer Kontrolle ist). An dem ersten Gipfel nahmen von 35 eingeladenen Staaten Delegationen von 25 teil. Die PLO erhielt Beobachterstatus. Die Bildung der OIK ist Ausdruck und Ergebnis des Suchens der vom Kolonialjoch befreiten Staaten nach eigenen Entwicklungswegen und -konzeptionen, die ihre Entwicklung in nationaler Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von existierenden »Blöcken« gewährleisten. Ideologische Grundlage ist der Panislamismus, und die politische Leitlinie ist das Prinzip des »kollektiven Selbstvertrauens« (collective self-reliance). Die islamischen Solidarisierungsbestrebungen haben ihre Wurzeln bereits im antikolonialen Kampf. Doch konnte sich der Panislamismus zu einer Zeit, da nationale Ziele im Vordergrund standen, nicht durchsetzen, und so war der Allgemeine Islamische Kongreß vom 7.-17.12. 1931 Höhepunkt und gewisser Abschluß dieser Entwicklung. 1972 beschlossen die Außenminister von 30 Staaten in Dschidda die Charta der OIK. Sie verweist auf die UNO-Charta und die dort verankerten Grundsätze. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Anerkennung der allgemeinen Prinzipien der Freiheit und des Fortschritts der Völker, der Gerechtigkeit, des Friedens und der Gleichberechtigung. Sie stellt die Aufgabe, die islamische Solidarität zu